

DIE WELT

26,7 Extra-Milliarden jährlich für die Bildung

Gutachten fordert hohe Investitionen, damit Deutschland im internationalen Wettbewerb aufholen kann

Berlin - Die Zahl klingt gigantisch: 26,7 Milliarden Euro muß Deutschland jedes Jahr zusätzlich für die Bildung ausgeben, damit das Land bis 2020 im internationalen Bildungswettbewerb aufholt. Das ist ein Viertel mehr als bisher in Bildung investiert wird. Um die Kraftanstrengung zu meistern, müssen Staat, Wirtschaft und der Einzelne künftig tiefer in die Tasche greifen. Auf die Privathaushalte kämen Mehrkosten von etwa vier Milliarden zu.

Diese Rechnung macht jetzt eine neue Studie auf, über die die WELT schon vorab in Teilen berichtet hatte. Die Untersuchung mit dem Titel "Bildung neu denken! Das Finanzkonzept" ist von der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (VBW) in Auftrag gegeben und von der Baseler Prognos AG und dem Berliner Erziehungswissenschaftler Professor Dieter Lenzen erstellt worden. Grundlage für die Berechnungen ist das Konzept für eine Rundum-Reform des deutschen Bildungssystems, mit dem die Autoren im vergangenen Jahr Schlagzeilen gemacht hatten. Es empfiehlt unter anderem, früher mit dem Lernen zu beginnen und Bildung in allen Lebensphasen bis ins Rentenalter individuell zu fördern.

"26 Milliarden sind viel Geld", sagte VBW-Präsident Randolph Rodenstock. "Aber wir müssen uns fragen, ob 33 Euro pro Einwohner wirklich zu viel sind für den wertvollsten Rohstoff, den dieses Land hat." Den größten Teil der zusätzlichen Investitionen, knapp 13 Milliarden Euro, sieht die Studie für die ersten Schuljahre vor.

Die Kinder sollten - so empfehlen die Autoren - schon mit vier Jahren in eine sechsjährige Primarschule gehen, die Vor- und Grundschule zusammenfaßt. "Teuerster Brocken ist dabei die Ganztagsbetreuung", rechnet FU-Präsident Lenzen. Mehrkosten verursachen zudem Ferienschulen, verstärkte individuelle Förderung und Lernleistungstests. Weil die guten Schüler besser gefördert werden, rechnen die Wissenschaftler mit einer deutlich größeren Zahl von Studenten, was ebenso Mehrausgaben verursacht. Um effektiver zu lernen, seien kleinere Gruppen und damit mehr Professoren notwendig. Insgesamt müßten für die Hochschulausbildung gut sieben Milliarden mehr ausgegeben werden.

Teuer wird es aber auch nach der Schulzeit. Für kontinuierliche Weiterbildung ihrer Mitarbeiter soll die Wirtschaft 3,2 Milliarden mehr pro Jahr ausgeben.

Um die Innovationslasten schultern zu können, plädiert VBW-Präsident Rodenstock nicht nur für einen massiven Abbau von staatlichen Subventionen an die Wirtschaft. Auch jedem Einzelnen müsse Bildung künftig mehr wert sein: **"Bildungsausgaben sind ein Stück Daseinsvorsorge."** So sollen Familien künftig generell die Schulbücher für ihre Kinder selber kaufen und für die Unterhaltsleistungen ihrer Kinder während der Berufsausbildung aufkommen. Dafür sollen Eltern künftig keine Kitagebühren mehr bezahlen müssen. Weil die Länder mit der Hauptlast der Mehrausgaben überfordert seien, müsse das föderale System in der Bildung in Frage gestellt werden, betonte Lenzen. "Der Bund muß zusätzliche Aufgaben bekommen", forderte er. Und Lenzen ist zuversichtlich, daß diese Empfehlung Realität wird. "Die Krise wird wachsen und damit die Bereitschaft zu radikalen gesetzlichen Änderungen."

„Ökosteuern in die Bildung stecken“

FU-Präsident Dieter Lenzen zur notwendigen Reform des Bildungswesens

Berlin - Eine Reform des deutschen Bildungswesens ist nicht umsonst zu haben. Die Studie "Bildung neu denken! Das Finanzkonzept" macht deutlich, daß jeder Bürger aufgefordert ist, einen finanziellen Beitrag zu leisten. **Die WELT** sprach mit Dieter Lenzen, Präsident der Freien Universität Berlin (FU), der die Studie federführend erstellte.

DIE WELT: Herr Lenzen, 26 Milliarden Euro zusätzlich für die Bildung jedes Jahr - befürchten Sie nicht, daß

diese Forderung einen riesigen Aufschrei bewirkt?

Dieter Lenzen: Das kann nur ein Befreiungsschrei werden. **Unsere Forderung macht lediglich die Dramatik des bislang Versäumten deutlich.** Mit 5,3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes liegen die deutschen Bildungsausgaben unter dem OECD-Durchschnitt von 5,6 Prozent auf Platz 18. Hinzu kommt die Herausforderung des demografischen Wandels in Deutschland. **Sollte der Status quo an qualifizierten Arbeitskräften erhalten bleiben, müßten im Jahr 2030 fast 70 Prozent eines Altersjahrgangs eine Hochschulreife erwerben.**

WELT: Sie werfen dem deutschen Bildungssystem Marktversagen vor. Kann man in diesem Bereich Marktkriterien anlegen?

Lenzen: **Auch im Bildungsbereich sind Wettbewerbselemente dringend erforderlich, auf nationaler wie internationaler Ebene.** Übrigens erhebt die Studie nicht nur den Vorwurf des Markt- sondern auch den des Staatsversagens in Sachen Bildung. Heute finanzieren viele private Haushalte mit niedrigem Einkommen über ihre Steuer die Ausbildung von Kindern finanziell besser gestellter Familien. **Hinzu kommt die fehlende Bereitschaft des Einzelnen, in die eigene Bildung zu investieren.**

WELT: Woran machen Sie das fest?

Lenzen: Jüngste Zahlen zeigen, daß die Weiterbildungsbeteiligung seit 2002 um rund 40 Prozent zurückgegangen ist. Diese dramatische Entwicklung hat auch mit der wirtschaftlichen Lage zu tun.

WELT: Kann es sein, daß viele Angst haben, sich für eine Weiterbildung anzumelden, weil sie um ihren Arbeitsplatz fürchten?

Lenzen: Wir stellen leider fest, daß sowohl der Einzelne als auch die Unternehmen diesbezüglich risikoscheu sind. Das muß sich unbedingt ändern. Gerade die Unternehmen müssen in gigantischem Maße in Weiterbildung investieren, wenn sie im globalen Wettbewerb mithalten wollen.

WELT: Die Unternehmen wollen ja auch mehr tun, allerdings sollen sie auch entlastet werden. Die Autoren der Studie schlagen vor, den Lehrlingslohn zu streichen. Geht das nicht zu Lasten der Privathaushalte?

Lenzen: Für die Familien würde sich diesbezüglich nichts ändern. Unser Konzept sieht die Einschulung mit vier Jahren vor. Das bedeutet, daß die Jugendlichen bereits mit 14 Jahren die Lehre antreten würden. Für die unterhaltspflichtigen Eltern ist es deshalb nichts anderes, als würden die Kinder noch zur Schule gehen. Für die Lehrlinge bedeutet das Vorziehen der Ausbildung hingegen, daß sie nicht mehr als billige Arbeitskraft eingesetzt werden können.

WELT: Die Studie rechnet dennoch damit, daß bundesdeutsche Privathaushalte jährlich vier Milliarden Euro zusätzlich für Bildung ausgeben müssen. Wo soll der Einzelne künftig draufzahlen?

Lenzen: Lehrmittel müssen aus der eigenen Tasche bezahlt werden. Außerdem sollte der Einzelne künftig die Hälfte seiner Weiterbildungskosten tragen. Die andere Hälfte zahlen die Unternehmen.

WELT: Unter diesen Umständen dürfte die Beteiligung an Weiterbildungsmaßnahmen noch weiter zurückgehen. Muß Fortbildung da nicht zur Pflicht gemacht werden?

Lenzen: Staatlich verpflichtend sollten wir das nicht machen. Die Unternehmen können aber Weiterbildung zur Voraussetzung für Aufstiegschancen erklären. Außerdem denken wir an ein Bildungskonto, das jeden von seiner Geburt bis ins Rentenalter begleiten soll. Über dieses Konto können dann auch Weiterbildungsmaßnahmen abgerechnet werden.

WELT: Den Löwenanteil an den Bildungskosten müssen laut Studie Bund und Länder tragen. Woher sollen die das Geld nehmen?

Lenzen: Ein Weg ist der Abbau von Subventionen an anderer Stelle, wobei aufgepaßt werden muß, daß dadurch nicht neue Arbeitslosigkeit produziert wird. Eine andere Möglichkeit ist die Umschichtung zweckgebundener Steuern. Ein gewisser Teil der Öko-, Tabak- oder Vergnügungssteuer muß künftig in den Bildungssektor fließen. Auch wenn es Streit geben dürfte, wir müssen über eine neue Zweckbindung der Verbrauchssteuern diskutieren.

WELT: Ist Berlin in Sachen Bildung auf dem richtigen Weg?

Lenzen: Grundsätzlich ja. In letzter Zeit ist viel in Gang gekommen. Die Einrichtung der Ganztagschulen, die Verlagerung der Horte an die Schulen, um nur einiges zu nennen, haben gewaltige Folgen. Bleibt die Frage, ob die guten Ansätze versickern oder tatsächlich umgesetzt werden. Die kürzlich erhöhten Kita-Gebühren sind jedenfalls kontraproduktiv. Das Konzept von Bildung neu denken geht hingegen davon aus, daß Bildung von der Vorschule bis zum ersten berufsbefähigenden Abschluß kostenfrei ist.

WELT: Dafür werden Studiengebühren fällig?

Lenzen: Wir plädieren auch für ein Modell, das es jedem ermöglicht, mit Hilfe eines Bafög-ähnlichen Kredites Gebühren zu entrichten. Zurückzahlen muß er erst, wenn er im Beruf überdurchschnittlich verdient.

WELT: Steht zu befürchten, daß die wegweisenden Vorschläge der Studie wieder in der Schublade verschwinden?

Lenzen: Mit dem ersten und zweiten Teil der Studie haben wir ein Gesamtkonzept für die Reform des deutschen Bildungswesens und deren Finanzierung vorgelegt. In einer Reihe von Bundesländern wird gegenwärtig viel davon umgesetzt. Nun soll eine dritte Studie folgen. Die wird die juristische Umsetzung unserer Vorschläge am Beispiel des gesamten pädagogischen Personals untersuchen und darlegen, welche Gesetze zu diesem Zweck wie geändert werden müssen. Das ist praktische Hilfestellung für die Politik.